

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Buchdruckerei: Tagblatt Riesa.
Jahres-Nr. 20.

Postamt Riesa 2100.
Girokonto Riesa Nr. 82.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 181.

Freitag, 8. August 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postschalter vierjährlich 4.50 Mark, monatlich 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im vorne zu bezahlen; eine Gemahle für das Schreiben an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite Gewerbekarte (7 Silber) 40 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und kostbarer Gas 50 Pf., Aufschlag. Nachschungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Beste Tarife. Gewöhnlicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag erfüllt ist, durch Flage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurrenz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsschläge "Träumer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dahmen, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Nachstehende Bekanntmachung wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Dresden, den 8. August 1919.

Wirtschafts-Ministerium
Landesbeamtenamt.

2810 VG 2
8598

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Meldes-Gesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1. Obstkrabat mit Kraut nicht in den Handel gebracht werden. Soweit Obstkrabat von den Gewerbetreibenden auf kurze Entfernung mit Fuhrwerk oder auf anderer Weise, jedoch nicht mit der Bahn, an die Abfahrtstelle, insbesondere auf öffentliche Märkte befördert wird, ist der Absatz mit Kraut bis auf weiteres zugelassen.

§ 2. Auwerthandlungen werden gemäß § 16 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Auch kann auf Einziehung der Waren erkannnt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Juli 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Der Vorstehende von Till.

Vertliches und Sächsisches.

Riesa, den 8. August 1919.

* Personallien vom Hause. Mit Wirkung vom 1. Juli ob ist der Eisenbahnoberinspektor Möbius zum Bahnhofsvorstand ernannt worden.

* Kinoeröffnung. Morgen, Sonnabend, den 9. August wird in Riesa, Goethestraße 1, ein Kino unter dem Namen "Kammer-Vidipsie" eröffnet. Es enthält 280 Sitzplätze. Für gute Rüttung u. a. ist, wie man uns mitteilt, gesorgt, sodass ein angenehmer Aufenthalt verhindert wird.

* Der Elektro-Verband Gröba beschließt das alte Rittergut Gröba einschließlich des gesamten dazugehörigen Areals zu erwerben, um in den vorhandenen Gebäuden Wohnungen, Schaltanlagen, Werkstätten und Lagerräume unterzubringen. Zu diesem Zweck hat der Elektro-Verband vorläufig das alte Rittergut in Besitz genommen.

* Ein gutes Hosenjahr? Im Gegensatz zu den lebtag vergangenen Jahren scheint es, so wird aus der Leipzig Gegen-meldung, als ob die kommende Hosenjagd eine ungewöhnlich gute zu werden verspricht. Auffallend viele Durchhäuser machen sich in diesem Sommer in Feld und Wald bemerkbar.

* Eine Neuordnung des jährlichen Viehhandels. Auf Anordnung des sächsischen Ministeriums soll eine Neuordnung und Regelung des gesamten Viehhandels im Freistaat Sachsen durchgeführt werden, mit welcher die Landesbeamten betraut werden. Eine Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse soll erzielt werden: 1. durch Verkürzung weiterer Zulassungen zum Viehhandel; 2. durch Einziehung bereits erzielter Ausmeilsterien zum Viehhandel; 3. durch Regelung des Viehhandelsverkehrs. Es sollen nach weiterer Anordnung des sächsischen Wirtschaftsministeriums in Zukunft nur solche Personen zum Viehhandel im Freistaat Sachsen zugelassen werden, die den Handel schon vor dem 1. Juli 1914 betrieben haben.

* Bildung von Bezirks-, Bauern- und Landarbeiterräten. Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums ist in jeder Amtshauptmannschaft ein Bezirks-, Bauern- und Landarbeiterrat zu wählen, in dem Landwirte und Landarbeiter in gleicher Zahl vertreten sind. Zum Zwecke der Wahl wird der Bezirk jeder Amtshauptmannschaft in so viele Wahlbezirke eingeteilt, als der Bezirks-, Bauern- und Landarbeiterrat Mitglieder jeder Gruppe erhalten soll. Die Teilung ist so vorzunehmen, dass die einzelnen Wahlbezirke annähernd die gleiche Zahl von Personen umfassen, die zu einem Ort, Bauern- und Landarbeiterzate wählberechtigt sind. Die Gesamtzahl der ordentlichen Mitglieder des Bezirks-, Bauern- und Landarbeiterrates wird von der Amtshauptmannschaft mit dem Bezirkshaushalte bestimmt. Sie soll in der Regel 12 nicht überschreiten. Für jedes ordentliche Mitglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung nach einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Das Amt eines Mitgliedes des Bezirks-, Bauern- und Landarbeiterrates ist ein Ehrenamt. Die Mitglieder können aus den Mitteln des Bezirksverbandes für Beitragszähmung und Heile Kosten nach den Grundzügen entlastigt werden, die für die Bezirkshaushaltsumgabungen gelten. Der Bezirks-, Bauern- und Landarbeiterrat hat weder die Befugnis einer Behörde noch das Recht, in die Befugnisse der bestehenden Behörden einzutreten. Außer den Aufgaben, die ihm durch rechts- oder landesrechtliche Bestimmungen beladen zu gewissen werden, liegen ihm insbesondere ob die Mitwirkung und Beratung bei der Erstellung der vorhandenen Lebensmittel, bei der Regelung ihrer Abförderung sowie bei der Belästigung des Schlechthandels und der Schlechthortung, die Mitwirkung bei der Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe und Förderung der Erzeugung, die Mitwirkung bei der Beschaffung von Arbeitskräften und bei deren Unterbringung und die Fürsorge für den Schutz von Personen und Eigentum.

* Wiederzusammenritt der sächsischen Landesfinanzode. Wie unser Vertreter von gut unterrichteter Seite erfährt, wird der Wiederzusammenritt der sächsischen Landesfinanzode, die sich vor langen Tagen verabschiedete, ihr Ende September ins Auge gefaßt. Die Synode soll sich in der Hauptstadt mit dem noch unerledigten Rest der Wahlrechtsvorlage, soweit sie sich auf das Schmalwahlsrecht bezieht, beschäftigen, wozu voraussichtlich Mitte September der Verfassungsausschuss der Landesfinanzode Stellung nehmen wird.

* Obstpachtungen an Staatsstrafen. Wie unser Vertreter an zuständigen Stellen erfährt, sind zwis-

schen dem Wirtschaftsministerium und dem Finanzministerium Vereinbarungen getroffen worden, die darin gehen, daß das Obst aller Pachtungen an Staatsstrassen, bei denen sich ein Pachtvertrag von 2000 Mark und mehr ergibt, zur Verfügung der Landesbeamten für Obst und Gemüse steht. Die Landesbeamte hat daran anschließend das Finanzministerium gebeten, Gemeinden und Kommunalverbänden zu erlauben, sich um die Pachtungen solcher Straßen, die keinen höheren Ertragswert als 2000 Mark ergeben, zu bewerben, um einen Zufluss von Obst an die Bevölkerung zur Verteilung bringen zu können.

* Zur Verlegung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nach Dresden. Entgegen der in letzter Zeit verbreiteten Meldung, wonach die Reichsversicherungsanstalt von Berlin nach Dresden verlegt werden soll, erfolgt unter Vertretung an zuständiger Stelle, da eine Verlegung noch hier noch zwecklos feststeht. Wie die Dinge liegen, plant die Reichsversicherungsanstalt eine Überführung nach einer anderen gründlichen deutschen Stadt, und das ist zu diesem Zweck mit verschiedenen Großstädten in Verbindung gebracht. Die dabei von der Reichsversicherungsanstalt gestellten Forderungen sind ähnlich hoch. Die Stadt Dresden hat nun ebenso wie die übrigen Städte, an die in dieser Angelegenheit herangereitet wurde, ein Angebot nach Berlin gerichtet. Gegenwärtig dürfte man dort mit der Prüfung der Angebote beschäftigt sein, sodass es also verfrüht ist, schon heute die Stadt Dresden als künftigen Sitz der Reichsversicherungsanstalt anzunennen.

* Staatlicher Kraftwagenbetrieb. Die Mineralölverforschungsgesellschaft hat die weitere Freigabe von Benzol für die sächsischen staatlichen Kraftwagenlinien auf Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums abgelehnt mit der Begründung, es herrsche eine solche Knappheit an Benzol, dass die vorhandenen geringen Mengen vorläufig ausschließlich der Landwirtschaft sowie solchen Betrieben zu geworden werden müssen, die vom Reichswirtschaftsministerium für lebensnotwendiger als die staatlichen Kraftwagenbetriebe angesehen werden. Alle Vorstellungen der sächsischen Regierung beim Reichswirtschaftsministerium zu Gunsten der staatlichen Kraftwagenlinien sind erfolglos geblieben.

Nach Verbrauch der noch vorhandenen Mengen Betriebsstoff müssen deshalb sämtliche staatlichen Kraftwagenlinien für Personenverkehr stillgelegt werden. Die Einstellung des Betriebes auf den einzelnen Linien wird in den örtlichen Tageszeitungen noch besonders bekanntgegeben. Es steht zu hoffen, dass in der zweiten Septemberhälfte genügend Mengen von Betriebsstoff wieder überwunden werden und das damit die Wiederaufnahme des Betriebes auf den stillgelegten staatlichen Kraftwagenlinien ermöglicht wird.

* Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich tätige Gemeindevertreter. Das Gesetz über die Wahlen für die Gemeindeverwaltung vom 17. Juni 1919 bestimmt, dass ehrenamtliche Mitglieder von Gemeindevertretungen für die Teilnahme an Verhandlungen und Dienstverrichtungen außerhalb des Gemeindebezirks Lohngelder und Reisekosten zu vergütet sind, und stellt weiter den Gemeinden frei, solchen Personen für die Ausübung ihres Ehrenamtes eine angemessene Aufwandsentschädigung zu gewähren. Das Rähere wird in beiden Fällen ordnungsgemäß Regelung überlassen. Damit erhält den Gemeinden ein neuer, nicht unbeträchtlicher Aufwand. Es darf aber nicht verkannt werden, dass mit den Aufgaben, die den Gemeinden dauernd erneut auwochen, auch der Zeitaufwand für die Beratungen ihrer Körperverfassungen erheblich gestiegen ist, und das dadurch besonders für diejenigen Gemeindevertreter, die gegen Lohn beschäftigt und am feste Arbeitseigenen gebunden sind, Einsichten entstehen, die häufig gezeigt werden, sich ebenso leicht zu befreien.

Nachdem das Gesetz die Grenzen der Wahlbarkeit erweitert und damit auch den Wählerbermittelten in weiterer Umfang als bisher den Zugang zu den Gemeindeämtern geöffnet hat, müssen solche Hindernisse nach Möglichkeit beseitigt werden. Indes soll nach der ausdrücklichen Absicht des Volkskammer eine Bekleidung der Gemeindevertreter vermieden werden. In kleineren und mittleren Gemeinden wird die beste Form für die Aufwandsentlastung darin gefunden werden, dass man den Ausfall an Arbeitsvermögen erkennt. In größeren Gemeinden werden oft noch über den Wahlhausstall hinaus Aufwendungen erwodert (für Fahrtkosten, Verpflegung außerhalb des Haushalts und Bergl.). Die genaue Erstattung des tatsächlichen Aufwandes wird hier nicht durchzuführen sein; man wird vielmehr zweckmäßig auf die Gewährung von Lohngehalten oder von Wahlberndingen in runder Jahressumme zuzommen, lehrenfalls unter entsprechendem Abzug für versäumte

Städtischer Obstverkauf.

Auf die Nummern 10601—11800, Abschnitt I, der roten Lebensmittelfakte gelangen Sonnabend, den 9. August 1919 im Geschäft von Herm. Modler, Schulstraße 3, Riesen zur Abgabe, und zwar 1/4 Pfund auf den Kopf.

Der Rat der Stadt Riesa, den 7. August 1919. Okm.

Nr. 12—15 des Geleg.- und Verordnungsblattes sowie Nr. 113—119 des Reichsgerichtsblattes vom Jahre 1919 sind hier eingegangen und können in der Rathauskanzlei eingelehnt werden.

Der Inhalt dieser Blätter ist aus dem Anschlag im Flur des Rathauses ersichtlich Riesa, den 7. August 1919.

Der Rat der Stadt Riesa. Okm.

Militärabschaffung, gebraucht und ausgedient, wird zum Selbstkostenpreise an Gemeindemitglieder im Gemeindeamt abgegeben. Wieda, am 8. August 1919.

Der Gemeindevorstand.

Bezirksarbeitsnachweis Großenhain
Nebenstelle Riesa, Goethe-Franz-Joseph-Straße 17. Tel. 40.

Kostenlose Stellenvermittlung für alle Berufe.

Sitzungen. Leipzig und Dresden werden voraussichtlich Pauschalbeträge gewähren. Die Form der Sitzungsgelder will man z. B. in Berlin wählen; sie ist auch in anderen preußischen Städten bereits eingeführt. Wird die Aufwandsentschädigung als Pauschalsumme gewährt, dann ist weder die Beschränkung auf Kinderbeamittelte, noch eine Abstufung nach dem Einkommen zweckmäßig. Der Bezug auf die Aufwandsentschädigung steht frei.

* Ein Landesbeamtenrat für den Freistaat Sachsen. Wie unser Vertreter an zuständiger Stelle erfährt, werden gegenwärtig zwischen Regierung und den Vertretern der Beamtenverbände Verhandlungen über die Bildung eines Landesbeamtenrats geöffnet.

* Beamtensoldungsreform. Unser Vertreter erfährt an zuständiger Stelle im Ministerium des Innern, dass die in Aussicht gestellte Beamtensoldungsreform u. a. nach folgenden Grundlagen erfolgen dürfte. Fest Gehaltsklassen sollen nicht aufgestellt und die Zahl der Gehaltsklassen möglichst vermindert werden. Schon in den ersten Dienstjahren wird ein höherer Gehalt in Aussicht genommen, um den Beamten früher als bisher die Gründung eines eigenen Haushaltes zu ermöglichen. Ferner wird eine Verkürzung der Aufenthaltszeiten beabsichtigt und ein früherer Zeitpunkt für die Pensionierung angestrebt. Einmal Endgültiges steht jedoch noch nicht fest, da die sächsische Regierung in dieser Angelegenheit nicht selbstständig vorgehen will, sondern auf den Wege des Einvernehmen mit den übrigen Bundesstaaten einheitliche Richtlinien für die Beamtensoldungsordnung zu finden sucht. Zu diesem Zweck sind für Anfang nächster Woche im Reichsfinanzministerium unter Beteiligung von Vertretern sämtlicher Gliedstaaten und von Beamtenvertretern Verhandlungen angelegt.

* Gelehrte um Baukosten zu schützen. In Angelegenheiten der Beaufsichtigung von Bauten und bei Bewirtschaftung von Baustoffen sind von Beteiligten in letzter Zeit vielfach Bußgelder und Sanktionen angesetzt worden. Zur Vermeidung von Verzögerungen, die sich daraus leicht ergeben können, wird darauf hingewiesen, dass alle Bußgelder, die die Beaufsichtigung von Bauten und allgemeine Fragen der Bewirtschaftung von Biegeln, Beton und Kalk betreffen, ausschließlich an das Ministerium des Innern — Landesbauamt — zu richten sind, Anträge auf Dringlichkeitsbescheinigungen für die Belebung mit Baustoffen und darauf bezügliche Schriftstücke aber an den jeweils zuständigen Kommissar für Baustoffbewirtschaftung, für Sachsen bei der Kreishauptmannschaft Dresden, für Westsachsen bei der Kreishauptmannschaft Leipzig.

* Rossen. Beim Holzabfahren vom Nördigt verunfallte der 20jährige Sohn des Gärtnereibesitzers Schwarze dadurch tödlich, dass an einem Wegabhang der Wagen umkippte und den jungen Mann unter sich begrub.

* Dresden. Ministerpräsident Dr. Grabmayer und Finanzminister Rößle haben sich nach Weimar begeben, um an den Verhandlungen über die neue Steuervereinheitlichung teilzunehmen. Sachsen nimmt ebenfalls einen ablehnenden Standpunkt ein.

* Bauen. Eine Lohnbewegung macht sich auch im Bergbauunternehmen der sächsischen Oberlausitz geltend. Die Arbeiterorganisationen haben eine Reihe Forderungen eingebracht. Bei dem Bergbautechnik Verein im Bezirk Dresden konnte darüber keine Einigung erzielt werden. Auch vor einem Schwurgericht in Bautzen konnte man sich nur in einigen Nebenpunkten einigen, sodass ein Schiedsentscheid gefällt werden muss, der sich auf Lohnverhältnisse, Urlaubsfragen usw. erstreckt.

* Bauen. Eine interessante Errscheinung in der Baubranche ist, dass die Beaufsichtigung des Wörders eigentlich durch einen 10-jährigen Knaben ermöglicht wurde. Dieser rief am Sonntagmorgen in die Wirtschaftsstelle "Schlossfeller": "Ein Wörd ist geschehen! Die Polizei sieht Extra-Männer an!" Durch diese unvermutete Rede geriet ein dort anwesender Wörd derweilen in Aufregung, dass man ein Erzittern und Erzittern an ihm beobachten konnte. Die Leute wurden auf ihn aufmerksam, bemerkten sehr aufmerksam und verachteten die Verhaftung des Mannes, der schnell befreit hatte und gegangen war. Er war der Mörder.

* Gersdorf. Nürglich weiste hier eine Kommission vom Dänischen Roten Kreuz, die verschiedene kinderreiche, insbesondere Verhältnissen lebende Bergarbeiterfamilien besuchte. Auf Veranlassung der Kommission gingen der Gemeinde nunmehr unentgeltlich 20 Gr. Butterkuchen, 20 Gr. Brot, 3 Gr. Butter und 300 Dosen konfektierter Milch zur Verteilung an feindliche Kinder minderwertiger Einwohner zu.

BÖHMEN. Die Böhmische Republik hat den Friedensvertrag, einer Übereinkunft wurde unter dem Namen "Frieden von Tilsit", zwischen dem Kaiser Franz Joseph I. und dem Kaiser Wilhelm II. am 2. August 1864 geschlossen, bestätigt. Der Friedensvertrag ist ein Dokument des Kaiserreichs und Österreich-Ungarns mit dem Kaiserreich Russland in Böhmen abgeschlossen. Er legt eine militärische Verbindung der schlesischen Woiwodschaften zu dem Kaiserreich Russland gegen die Tschechoslowakische Republik und den Kaiserreich Österreich-Ungarn aus der Abschaffung der Befreiungskriege und der Befreiungskriege gegen das Kaiserreich Russland in Böhmen ab. — Über die Befreiungskriege und den Kaiserreich Österreich-Ungarn ist auf Grund der Vorlage vom 7. August der periodische Befreiungskrieg verhängt worden.

Überzeugung. Die Böhmische Republik ist nun auch in den kriegerischen Gewalttaten festgestellt worden. Um Mord und Totschlag eines ausgewanderten Deutschen mit seines Bruders getötet.

Kuerbaß. Zur Sozialisierung des Begräbnissystems ist hier insbesondere ein sozialistischer Geist vorwurfs gemacht worden, als ein besonderer Maßstab eingesetzt und davon die Aufgabe gesehen wurde, das Begräbnissystem in die Bewirtschaftung der Gemeinde überzuführen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch der Antrag gestellt und angenommen, die Anlage eines Urnenhofs auf dem neuen Friedhof in die Wege zu leiten und baldig durchzuführen. Da der Bau eines Krematoriums in Kürbaß für die nächste Zeit kaum in Betracht kommt, so möchte der juristische Vertreter des Staates darauf aufmerksam machen, daß die Urnen auf kirchlichen Friedhöfen nur unter der Erde beigesetzt werden dürfen; die Anlage des Urnenhofs ist also erst nach der Sozialisierung des Begräbnissystems gegeben können.

Venig. Eine neue Industrie ist hier eingeführt worden. Mit einem Kostenaufwand von zweieinhalb Millionen Mark wurde hier eine Fabrik gegründet, in der hauptsächlich Säcke aus Papierpapier hergestellt werden sollen. Die Produktionsfähigkeit wird auf 15 Millionen Säcke jährlich angegeben.

Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung in Gröba

(Sennelschule) am 4. August 1919.

Anwesend Herr Gemeindeschultheiß Hans als Vorsitzender, Herr Gemeindeschultheiß Günther und 20 Gemeindemitglieder. Entschuldigt fehlten die Herren Möbius und Hammel.

1. Einem Vorschlag des Verwaltungs- und Wohlfahrtsfonds aus, aufgelegt beschließt der Gemeinderat, nach Entgegennahme eines bezüglichen Berichtes des Herrn Gemeindeschultheihs Hans folgende Personen zur Vertretung der Gemeinde Gröba im Wohlfahrtsfonderverband des Bezirks des Amtsgerichts Riesa zu bestimmen: a) ist der Beigeordnete: Frau Berger, Frau Horn, Frau Hans, Herrn Dr. Eulen, Polizeihauptmann Günther, Baumbach, Direktor Heilig, letzterer als Vertreter des Ortskantons, b) für die Verbandsversammlung: Frau Klemm, Frau Schäfer, Herrn Gemeindeschultheiß Hans, Gemeindeschultheißer Dentschel, Horn, Schmidt. Auf Ansuchen des Herrn Matthäus erklärt sich das Kollegium einverstanden, auch einen Vertreter der bürgerlichen Partei anzustellen und wählt Herrn Möbius anstelle des Herrn Horn, welchen zu dessen Gunsten freiwillig zurücktritt.

2. Zum würdigen Empfang unserer Feinde während des Krieges gehangen hat der Gemeindeschultheiß folgendem Beschluss gefaßt, der von Herrn Schmidt vorgelesen und begründet wird: Jeder der in Frage kommenden 20 Kriegsgefangenen erhält ein Geldgeschenk und eine Blumenpflanze überreicht. Der Geldbetrag wird festgelegt auf 50 Mark für jedigen und 75 Mark für Verheirathete. Infrage kommen darüber hinaus, welche i. St. von Gröba aus eingezogen und wieder hierher zurückgekehrt. Zur weiteren Unterstüzung und Fürsorge derheimelnden wird im Gemeindeamt eine Beratungskommission errichtet werden. Dem Vorschlag des Ausschusses wird zugestimmt.

3. Die Spar- und Baugenossenschaft erzielt in einer Sparte um Erfolg der Gemeindegrundsteuer. Berichterstatuer Herr Matthäus gibt die Stellungnahme des Steuerausschusses in der Sache bekannt, welche beschlossen hat, für die Jahre 1918, 1919 und 1920 in Abetracht des gemeinnützigen Zweckes der Genossenschaft die Gemeindegrundsteuer auf je 50 Mark zu ermäßigen. Herr Führer beantragt, bei der Stadtregerung vorstellig zu werden, vom Jahre 1920 die Grundsteuer überhaupt in Westfall zu bringen, um die Widerstand der privaten Wohnungen gegenüber denjenigen in den Häusern der Baugenossenschaften nicht zu benachteiligen. Nach einer zustimmenden Erklärung der Herren Bartenholz und Schmidt stimmt der Gemeinderat dem Beschluss des Ausschusses zu und macht den Antrag des Herrn Führer zu dem seinigen.

4. Herr Dentschel berichtet über die stattfindenden Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes Sachsenischer Gemeinden mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband über den aufgestellten Zolltarif. Von den vier Klassen fällt Gröba in die Klasse B, nach welcher folgende Einstufungsvorstellungen: Scholz und Scholze 1.75 M., angelernte Arbeiter 1.62 M., ungeladene Arbeiter 1.49 M. und Arbeiterinnen 0.79 M. Auf die Anfrage des Herrn Freudenberg, ob das Verhältnis des Vollzolls auch unter den Tarif fällt, folgt eine längere Ausdrucksweise. Frau Berger tritt warm dafür ein und befiehlt die bisherige Entlohnung als eine unzureichende. Herr Gemeindeschultheiß Günther weist darauf hin, daß eine Erhöhung der bisherigen Löhne die Rentabilität der Wirtschaft, eine weitere Preissteigerung des Eisens aber das ganze Unternehmen in Frage stellt und dann mit einer Entlastung des Personals gerechnet werden müsse. Bei der Entlastung müßte allerdings auch berücksichtigt werden, daß das in der Füllche beschäftigte Personal im Genuss freien Elends stünde, was in der Zeitzeit von nicht zu unterschätzendem Wert sei. Herr Mündt teilt dafür ein, den Hilfsmittelstiftungen im Waisenhaus in die 1. Klasse des Vollzolls einzutreiben, da dieser seinen Dienst selbstständig versteht. Herr Siebeling wünscht, die Wartezelt für den Urlaub auf ein halbes Jahr abzuändern. Den Abmachungen der beiden Organisationen stimmt der Gemeinderat zu. Die in der Sitzung gedachten Wünsche sollen den zuständigen Ausschüssen übertragen werden.

5. Der Verwaltungsausschuß hat erneut zu der Frage Stellung genommen, wie den in erfordерlicher Weise überhand nehmenden Obers- und Feldabstädten entgegenzutreten sei. Wie vom Berichterstatuer Herrn Horn erläutert wird, habe der Ausschuß die von der Amtshauptmannschaft angeregte Errichtung einer Wohnterwerbe abgelehnt, dagegen die Anstellung von vier Pfarrstellen beschlossen, die unter Leitung der Schulmannschaft ihren Dienst verleben werden. Die entstehenden Kosten sollen je zur Hälfte von der Gemeinde und von den Kirchspielsältern getragen werden. Herr Krause hält es für zweckmäßig, daß die Polizeistube nach wieder geöffnet und ein Schulmeister immer zugegen ist. Herr Gemeindeschultheiß Hans betont die Schwierigkeiten dieser Maßnahme, die in der geringen Zahl der Schulmannschaft begrenzt ist, jedoch noch Kirchspiel- und Kirchspielsäle innerhalb befinden zu berücksichtigen seien. Eine Vermehrung der Schulmeister werde unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Gründung gesogen werden müssen. Herr Gramann sieht in der Wiederherstellung eines wesentlichen Grund für die Rechtsverhältnisse der Kirchspielsäle. Es müssen j.

in Gründung dieser bestehen, denn dieses sind Gemeindeaufgaben, die nicht durch die Verwaltung erledigt werden. Gottlobenberg hält es für passabel, wenn die Parochie nach Entfernung des Pastors für den Kirchspiel übernommen wird, um die Kirche für den Betrieb vor einer gewissen Periode unbrauchbar zu machen, da bestes ist, daß ein Teil des Betriebs des Kirchspiels in andere Kirchspiele ausgedehnt werde. Zum weiteren steht Herr Gemeindeschultheiß Günther. Gegen die Kirchspielsäle, insbesondere in anderen Kirchspielen, kann eine Ausflucht in andere Kirchspiele nicht mehr zu greifen. Herr Matthäus bringt zum Ausdruck, daß in erster Linie die Allgemeinheit an der Erhaltung der Kirche das größte Interesse habe, unter ihnen darunter, daß die Kirche nicht zerstört sei. Herr Gramann schlägt mehrere Fälle von Friedensabkommen grundsätzlich. Die Kirchspielsäle seien unbedingt erforderlich. Bekanntestes Beispiel ist ein Vordorf, wo die Kirchspielsäle in der Gemeinde befinden. Eine Kirchspielsäle verdient diese. Herr Gramann schlägt eine Kirchspielsäle aus der Kirche heraus vor, die Kirchspielsäle, die Kirchspielsäle am Kirchhof wünsche, und die Heimsuchungen der Kirchspielsäle unterließen könnten. In einem Falle habe er 15 Mann auf einmal beim Fleischfehen betroffen. Von einer Abgabe der Kirchspielsäle an andere Kirchspiele, wie Herr Freudenberg behauptet, könne nach seiner Überzeugung nicht die Rede sein. Nach Meinung des Herrn Günther könnten die Kirchspielsäle durch den Kirchhof nicht aus der Kirchspielsäle gemacht werden. Das Grundstück der betreffenden Kirchspielsäle seien die Folgen des Krieges, der Erbarmen und die Kirchspielsäle, die Kirchspielsäle und die Kirchspielsäle zu machen sei. Hieraus resultiert der Gemeinderat, mit den Handwerkern wegen Verteilung der Kosten nochmals zu verhandeln, und die Einführung von vier Pfarrstellen zu genehmigen.

6. Nach einem Bericht des Herrn Ortsbaumeisters Banger stimmt das Kollegium dem Vorschlag des Bauausschusses zu, die Installationsarbeiten für die Kleinwohnungsbaugruppe an der Oststraße in fünf Etagen berichtet ebenfalls Herr Ortsbaumeister Banger. Es sind überstiegen worden: Kas 1: 1 Geschäftshaus für den Konsumverein Baumeister Schneider, Riesa, Kas 2: 2 Häuser mit 12 Wohnungen Baumeister Jäger, Riesa, Kas 3: 1 Mittelbau mit sechs Wohnungen Baumeister Höcker, Riesa, Kas 4: 2 Häuser mit 12 Wohnungen Baumeister Heinrich, Gröba, Kas 5: 2 Häuser mit 12 Wohnungen und 1 Laden Baumeister Helm, Riesa. Die Arbeiten sollen so gefördert werden, daß die Wohnungen nach Möglichkeit am 1. Januar 1920 bezogen werden können. Der Gemeinderat tritt dem Beschluss des Bauausschusses bei.

7. Lieber die vom Bauausschuss beschlossenen Verhandlungen der Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten für die zweite Kleinwohnungsbaugruppe an der Oststraße in fünf Etagen berichtet ebenfalls Herr Ortsbaumeister Banger. Es sind überstiegen worden: Kas 1: 1 Geschäftshaus für den Konsumverein Baumeister Schneider, Riesa, Kas 2: 2 Häuser mit 12 Wohnungen Baumeister Jäger, Riesa, Kas 3: 1 Mittelbau mit sechs Wohnungen Baumeister Höcker, Riesa, Kas 4: 2 Häuser mit 12 Wohnungen Baumeister Heinrich, Gröba, Kas 5: 2 Häuser mit 12 Wohnungen und 1 Laden Baumeister Helm, Riesa. Die Arbeiten sollen so gefördert werden, daß die Wohnungen nach Möglichkeit am 1. Januar 1920 bezogen werden können. Der Gemeinderat tritt dem Beschluss des Bauausschusses bei.

8. Die Steinlegerarbeiten für die Fassade der Mietstraße einschließlich der Steinlegerung für die Fußwege wird dem Steinlegermeister Hooge in Gröba zum Preise von 18.870 Mark übertragen. Die Lieferung der Steinlegersteine für die Fassade wird der Firma Kunath, Dresden, in Auftrag gegeben, nach vorheriger Besichtigung durch Herrn Gartenschläger.

9. Durch die erste Finanzmaßnahme des Wasserwerkes ist, wie vom Berichterstatuer Herrn Ortsbaumeister Banger ausgeführt wird, das Untergrundwasser sehr zurückgegangen, sodass die Ertragsfähigkeit sehr zu wünschen übrig bleibt. Der Wasserwerksausschuß sei sich deshalb schriftlich geworden, eine Erweiterung der Wasserleitung ist an 18 Anlagen vorgesehen und habe beschlossen, auf den Mittergutsbezirken zwischen Werder und Kanti vier Verbindungsleitungen zur Anlegung eines Wasserversandes auszuführen. Der Gemeinderat schlägt diesem Vorschlag des Ausschusses an und beschließt weiter, die erforderlichen Verbindungen für die Ausbildung von 4 Wasserbrunnen bei der Alt.-Gel. Zuschammer zu bestellen.

10. Der Gemeinderat nimmt von folgenden Mitteilungen des Herrn Gemeindeschultheihs Günther Kenntnis: a) daß die Bewilligung von Überlebenszuschüssen für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Georgplatz, eines Verkaufshauses und Schlauchwagenaumes abgelehnt worden seien und der Gemeinderat daher beschlossen habe, von dem Bau der Anlagen in Abetracht der hohen Kosten j. St. Abstand zu nehmen; b) daß der gewählte Volkstrichterbeamte Gerber aus Herzau der ungünstigen Wohnungsbildung wegen sein Amt nicht antreten will; c) daß der Gemeinderat beim Begegnis der Oberförster des Mittergutsamts Berga durch die Herren Gemeindeschultheiß Hans, Gemeindeschultheiß Günther und Günther vertreten war und eine Kranzprobe am Grabe niedergelegt ließ; d) von der Errichtung einer Nebenstelle des Kleiderneigungssamtes bei Herrn Reichsbeamten Wende in Riesa. Herr Schmidt weiß darauf hin, daß die Gröbener Einwohner in Kleiderzügen auch auf dem Gemeindeamt beraten lassen können.

11. Herr Freudenberg erinnert an die Herausgabe des Kleinen Geldes für den Bezirk Großenhain unter Hinweis auf die bestehenden Wissände. Es soll nochmal diesbezüglich an die Amtshauptmannschaft herangestellt werden. 12. Herr Matthäus weiß darauf hin, daß in der Zeigwarenfabrik der Großfirma des Deutschen Konsumentenvereins große Mengen Kartoffeln lagern, die bei der gegenwärtigen Kartoffelnot doch besser für die Belieferung freigegeben werden möchten, anstatt die dem Verderben und der Wattenplage auszusetzen. Herr Matthäus wird beantragt, dem Ernährungsministerium in Großenhain die Angelegenheit vorzutragen.

13. Herr Matthäus spricht den Wunsch aus, daß bei den bevorstehenden Verteilungen von Frühkartoffeln in erster Linie diejenigen Einwohner bevorzugt werden möchten, welche im vorigen Herbst der befürchteten Aufforderung über Kartoffelabgabe pflichtgemäß nachgekommen seien, da bei diesen natürlich die Notlage eine größere ist als bei jenen, die Kartoffeln nicht abgegeben haben. Herr Gemeindeschultheiß Günther hält diesen Wunsch für schwer durchführbar, so gerechtfertigt er ist und bemerkt, daß die weniger Beflüchteten in diesem Falle die Schaden gespielt haben. Im übrigen werde das die Belieferung und Verteilung der Kartoffeln sehr bald zur Zustiefenheit regeln. — Darauf nichtöffentliche Sitzung.

Lagegeschichte.

Deutschland.

Die Streit in Deutschland. In Oberösterreich geht der Streit weiter, aber es ist alles ruhig. Die vom Generalrat eingestellten Arbeitnehmer werden von den Streitenden vertrieben, die Arbeit aufzunehmen. Im mitteldeutschen Raum ist die Streitfrage unverändert. Zusammenfahrt findet nirgends statt. Die Verhandlungen über den Rücktritt sind noch nicht gekommen. Die Rücktrittsgespräche sind nicht fortgeschritten. Die Wahlen gehen weiter, unterbrochen durch die Wahlen der Gewerkschaften.

Zur Regelung des deutschen Temporeinsatzes wird eine Kommission gebildet, die auch die Wahlen entscheidet soll, ob die 50 Kilometer-Sone deutsche Garnisonen bestehen darf oder nicht.

Die österreichische Regierung kann ihre Waffen liegen, legt. Ihre Sämtliche befindet sich in Got, wobei Schießwaffenmagazin entliegen wird.

Schiffahrtswesen. Der Bericht von einem Berichterstaat des neutralen Sonne durch die Untente entgegnet nicht den Zeiträumen. In den zukünftigen Monaten ist davon nichts bekannt. — Die Wiederaufstellung eines Berliner Zettels, der der Kommandant des Gefangeneneinzugs in Berlin, Generalmajor a. D. Krause, bereits eine Entlassungserlaubnis der Untente am 1. September vor dem Ententegeklagten erkannt habe, trifft nicht zu. Ein solcher Schritt der Untente ist nicht möglich, da der § 228 des Friedensvertrages ausdrücklich vorsieht, daß alle von der Untente für die Auslieferung vorbereiteten Personen zunächst der deutschen Regierung vorgeführt werden müssen. Das ist bislang nicht geschehen.

Neue Sozialverhandlungen im Baumgewerbe. Die für das Baumgewerbe in Betracht kommenden Organisationen der Arbeitnehmer und -nehmer haben am 1. April d. J. im Reichsarbeitsministerium einen Reichstag abgeschlossen, der bis zum 31. März 1920 Sitzung haben soll. Es wurde dabei aber folgende besondere Vereinbarung getroffen: Bei wesentlichen Änderungen der Preise für den Bediensteten ist jede Partei berechtigt, beim Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen über die Vornahme zu beantragen. Dieser Antrag muß seitens der anderen Partei binnen 14 Tagen stattgegeben werden, jedoch dürfen Verhandlungen nicht vor dem 15. Juli 1919 beantragt werden. Von dieser Ausnahmedeklaration haben die Arbeitnehmerverbände jetzt Gebrauch gemacht und einen diesbezüglichen Antrag beim Reichsarbeitsministerium eingereicht. Verhandlungen darüber werden am 12. August stattfinden.

Mangelware-Tarif. Die dreitägigen Tarifverhandlungen zwischen dem Verband der Metallindustriellen und den Vertretern der Angestellten im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Regierungsrats Sizler haben zu einer vollen Einigung über die grundlegenden Fragen geführt. Die beiden Parteien werden nunmehr über die endgültige Formulierung allein weiter verhandeln, sodass mit einem finalen Abschluß des Tarifvertrages zu rechnen ist.

Gegen die Monopolisierung der Bündholzherstellung. Der Vorstand des Vereins deutscher Bündholzhersteller hat eine Entschließung angenommen, in der er sich gegen die geplante Monopolisierung der Bündholzherstellung ausspricht.

Bavaria und die Erzbergerischen Finanzabfälle. Im Finanzausschuss der bayerischen Volkskammer teilte Finanzminister Speck mit, daß von bayerischer Seite aus gegen die Erzbergerischen Wände Stellung genommen worden sei. Was Bayern anbelangt, würde das Reich die schwebende Schuld Bayerns übernehmen, welche bis April nächsten Jahres 550 Millionen Mark betragen werde. Der Minister befürwortete unter den gegebenen Verhältnissen die Vertragung der bayrischen Steuervorlage. Redner sämtlicher Parteien erklärten sich mit dem Vorschlag einverstanden. Der Ausdruck habe einen Beschluss dahingehend, die Steuervorlage auf unbestimmte Zeit zu verlängern. — Bayerische Blätter erzielten von unterliegender Seite Vorschläge des Finanzministers Speck für eine einheitliche Grundsteuer des Erbbaus, um die Einkommenssteuer in den Freistaaten. Die Länder sollen verpflichtet werden, bis zum 1. April n. J. eine allgemeine progressive Einkommenssteuer einzuführen und von den jährlichen Ertröthen dieser Steuer 40% an die Reichskasse abzuführen. Die Einhaltung dieser Grundsteuer soll durch Reichsdeputierte sichergestellt werden.

Die Lage im Bergbau. Am Donnerstag wird gemeldet: Von dem Reichskommissar wurde festgestellt, daß keine Besserung in der Kohlenversorgung eingetreten und nicht einmal der laufende Bedarf, gleichzeitig den die Erfüllung für den Winter in Aussicht gestellt werden kann. Ein Ausgleich der Förderausfälle infolge längerer Arbeitszeit und Minderleistung erfordere für den Ruhrbergbau 150.000 Arbeiter, deren alsdalf die Einstellung technisch unmöglich sei. Ein Appell an die Bergarbeiter Europa. Martin veröffentlicht einen Appell Hoovers an die Bergarbeiter Europas, nicht nur das zu tun, was sie tun können, sondern das, was sie tun müssen. Der Arbeitstag darf nicht zu einer Arbeitszeit von 7 oder 8 Stunden herabgesunken. Er lädt keinen Zweifel daran, daß Amerika Europa nicht von der Noblennot betroffen können. Denn nach seiner Berechnung fehlen in diesem Winter 20 Millionen Tonnen Brennstoffmaterial monatlich für die Versorgung Europas.

Eichhorn in der Nationalversammlung. Der Abgeordnete Eichhorn, der ehemals sogenannte Volkspräsident von Berlin, war gestern im Sitzungssaal der Nationalversammlung abwesend. Keine Korrektur an Tepis' Erinnerungen. Im Hinterblick auf die Veröffentlichung des "Berliner Tagesschau" vom 5. August, daß Großadmiral Tepis "Korrektur" an seinen Erinnerungen vorgenommen habe, legt dieser Wert darauf, zu erklären, daß weder ein amtlicher, noch ein nichtamtlicher Druck ihn veranlassen könnte, den Text seines Buches zu ändern.

Tagung der Liga für Völkerbund in Frankfurt a. M. Belegentlich der internationalen Messe in Frankfurt a. M. im Oktober findet, wie die Teiggruppen-Union erläutert, eine Tagung der deutschen Liga für Völkerbund statt, bei der Redner von internationalem Ruf über den Völkerbund sprechen werden. Dabei wird sich voraussichtlich Gelegenheit bieten, den auswärtigen Besuchern der Messe über die deutsche Ausstellung vom Völkerbund und über Deutschlands Beteiligung an ihm aufzuhören.

Holland. Aushebung von Ausfuhrverboten. Nach dem "Allgemeinen" steht die Aushebung der niederländischen Ausfuhrverbote für Rohwolle, Rohbaumwolle und Hanf unmittelbar bevor.

Belgien. Verbot der Kohlenausfuhr. Die belgische Regierung hat nach Meldungen aus Brüssel die Kohlenausfuhr nach anderen Ländern als nach Frankreich verboten.

Wiederaufbau der Handelsflotte. Die Regierung braucht in der Kammer einen Gesetzesentwurf ein, der einen Kredit von 1800 Millionen Francs für den Wiederaufbau der französischen Handelsflotte gewährt.

Frankreich möchte die Mauritius-Inseln wiederhaben. Nach einer Meldung aus Paris verlangt Abgesandte der französischen Bevölkerung von den Mauritius-Inseln die Rückgabe der Inseln an Frankreich, nachdem sie zu Anfang des 19. Jahrhunderts von den Engländern in Besitz genommen worden waren.

Elbe-Großbritannien und die Wahlen. Der französischen Kammer ging ein Gesetzesentwurf zu, der das Wahlrecht in Großbritannien zu erweitern scheint.

Wahlen begünstigt. Die Justizkommission der französischen Kammer nahm das Antragsgeklagte an und bestätigte, daß der ehemalige Botschafter Malvy in die Kammer einzog.

Einigkeit gegen den Deutschen Schach. «L'Amour des Peuples» berichtet aus London: «Ein Brief des Prinzen Heinrich von Preußen gelang an seinen kleinen Bruder an den König von England. Dieser Brief habe in der Sammlung der preußischen Staatsbibliothek geblieben und gefehlt. Es heißt, die Letzteren einst auf den Hof kamen, wenn man glaubte, daß England die Gewalt am Kriege treffe. Über der Deutsche sei nun einmal ein Sieger in seinen Verbrechungsstatuen. Deutschland wird wohl keine Gewalt nicht einmal einnehmen, auch wenn der Kaiser gebraucht wird.»

Die Verhandlungen im Friedensausstausch. Im Friedensausstausch des Senats erhielt Senator Clemenceau-Martin über die Verantwortlichkeiten, über den internationale Arbeitsrecht und Leon Bourgeois über den französisch-amerikanischen Garantievertrag Bericht. Der Friedensausstausch der französischen Kommission hat vier Resolutionen des Abg. Louis Marin mit Voraussetzungen des Friedensvertrages abgelehnt. Nach französischen Wittern haben Wilson und Barthou gegen die Abfahrt, die Verhandlung des Friedensvertrages mit Deutschland in der französischen Kommission erst am 2. September beginnen zu lassen, entweder ausdrücklich oder später Zeitpunkt als den 2d. August ab. Nach dem „Martin“ fügte Barthou im Generalbericht, daß trotz Clemenceaus Ausführungen die Zweiteilung der militärischen Hölle Englands und Amerikas gegen einen Angriff Deutschlands vorbereitet, sowie nicht hinsichtlich der Aufrichtigkeit des Versprechens, sondern betrifft der Zeit und der Art seiner Ausführung, solange Beleg nicht bestätigt sei.

Anschlag auf Clemenceau? Über einen angeblichen Anschlag auf Clemenceau wird aus Genf gemeldet: Vorwurf von Clemenceaus Wohnhaus wurden zwei berüchtigte bewaffnete junge Leute verhaftet. Einer ist ein Infanteriesoldat, der mit Anarchisten verbreitete.

Italien.

Die Zusammenföderung in Triest. Die italienische Militärmission in Wien teilte der Korrespondenz Berog mit, daß es in dem Telegramm des Laibacher Kons. Berog bestätigt wurde, daß die angeblichen blutigen Auseinandersetzungen in Triest sich als geringfügige Zusammenföderung ohne jeden politischen Charakter erweisen.

England.

Neue Preissteigerungen in England. „Die Welt“ berichtet, daß seit dem Waffenstillstand und namentlich auch seit der Demobilisierung die Preise für lebenswichtige Waren immer mehr gestiegen seien. Man wolle jetzt den Lebensmittelpreistreibern energisch zu Hilfe gehen.

Die Segnungen des Friedens. Londoner „Gerald“ macht sich darüber lustig, daß die Segnungen des Friedens dem britischen Reich Rüstungsauflandungen von höchstens 10 Milliarden Schilling bringt, während England vor dem Kriege nur 1600 Millionen für militärische Rüstungen ausgab.

Die Geldgeschenke an Generäle bewilligt. Das Unterhaus hat Resolutionen angenommen, in denen allen britischen und Dominion-Streitkräften für ihren Kriegsdienst und Hoch für seine dem britischen Volke erwiesenen wertvollen Dienste der Dank ausgesprochen wird. Außerdem hat das Unterhaus den Geldschenken an verschiedene Besitzhaber zur See und zu Lande im Gesamtbetrag von 585 000 Pf., darunter je 100 000 Pf. für Gaia und Beatty, zugestimmt. Die Arbeitspartei batte beantragt, die Gesamtsumme auf 200 000 Pf. herabzulegen. Dieser Antrag wurde aber mit 288 gegen 66 Stimmen abgelehnt. Der Regierungsantrag wurde mit 274 gegen 64 Stimmen angenommen.

Die Streitbeilegung in England. „The Telegraph“ meldet aus London: Die streitenden Polizisten in Liverpool führen auf jede Weise einen allgemeinen Streit herbeizuführen. Die Gemeindearbeiter haben der „Times“ zufolge die Zustimmung zum Ausstand der Straßenbahnmägister ausgeschlossen und beschlossen, nach 24 Stunden die Arbeit niederzulegen, wenn die Hörderungen des Straßenbahnpersonals und anderer Gemeindearbeiter nicht befriedigt werden. Infolge dieses Beschlusses wird allen Gemeindebediensteten u. a. auch den Elektrizitätswerksangestellten gefordert werden. Short gab im Unterhause bekannt, daß keine weiteren Polizisten sich dem Streit in Liverpool angeschlossen hätten. Die Lage dort sei unverändert. Die Regierung habe den örtlichen Behörden jede Unterstützung zuteil werden lassen, um die Ordnung aufrechtzuhalten und die Bürger zu schützen. Es seien erfolglose Versuche gemacht worden, die Pold in Brand zu stielen. — Der gesetzgebende Ausschuß des nationalen Eisenbahnerverbandes hat in einer Zusammenkunft in London beschlossen, keine Aktion zur Unterstützung des Polizeikreises zu unternehmen und den Mitgliedern, die sich jetzt im Ausland befinden, anzuweisen, sofort wieder zur Arbeit zurückzukehren.

Der Prozeß gegen Wilhelm II. Im Unterhause lagte Bonar Law in Erwiderung auf eine Anfrage: Die Alliierten hätten ihren Besluß betreffs des Prozesses gegen den früheren Kaiser in London nicht geändert. Doch könne sein Verfahren vor Ratifizierung des Friedensvertrages eingestellt werden.

Der Prinz von Wales nach Amerika abgereist. Nach einer drastischen Meldung aus London ist der Prinz von Wales an Bord des Panzerkreuzers „Renown“ nach Kanada und den Vereinigten Staaten abgereist.

Die Arbeiterbewegung in englischen Kolonien. Die englischen Blätter vom 5. d. Wk. bringen eine Kurzmeldung aus Montreal vom 4. August, wonach 35 000 Arbeiter in den kanadischen Eisenbahnwerkstätten aufgefordert worden sind, bis zum 24. d. Wk. darüber abzustimmen, ob sie ebenso wie die amerikanischen Arbeiter in den Ausland treten wollen. — Wie die „Morningpost“ aus Sydney meldet, hat sich in Australien eine neue radikale Partei gebildet, die ein corporatives Werkmeinert gründen will, in dem die organisierten Industriearbeiter alle Vermögensquellen und die gesamte Erzeugung besitzen und kontrollieren.

Die alte Geige.

Kriminalroman von S. Coronay.

2. Fortsetzung.

Mittlerweile war es sechs geworden. „Jetzt könnte er da sein,“ murmelte sie, unruhig nach der Uhr blickend. „Über er wird wohl Bericht zu erwartet haben, und da geht es nicht so schnell.“

Mit jeder Minute, die verging, wurde ihr Herz schwerer und schwerer. Endlich hielt sie es nicht mehr aus, nahm den Kleinen auf den Arm und ging mit ihm vor die Haustür.

Dort konnte man fast die ganze Strecke bis zu den Anlagen übersehen, aber Schröders hohe Gestalt wollte sich nicht zeigen.

Werb- und Gemüsewagen rasselten in die Stadt; Obstkarren brachten ihre Waren zu Märkte. Doch die junge Frau schwieg verzweigt nach dem Ereigneten aus.

Händchen befand Durst und fing zu schreien an. Sie ging wieder hinauf mit ihm, wärmete Milch und rief, daß sie nicht schlafen könne. „Still, du Schreibsal! Gott kommt, der kann das Kreinen nicht hören. Komm! Wir lassen ihm entgegen!“

„Doch nicht Schröder war es, sondern einer seiner Kameraden, und als ihm Vene ins Gesicht sah, schrie sie laut auf und wußte, daß sie Fletcherisches hören würde.“

Er konnte ihr die Unglücksbotschaft nicht erzählen und

Frankreich.

Die russisch-chinesische Mission. Das frühere Organ des Russischen Generalrates, die „Dioskura“, idealt: „Der Krieg von Verhältnis hat China in eine vertragliche Lage versetzt, doch es zu einem Kriegsgefangenen ist. Es sei daher wahrscheinlich, daß China mit Sowjet-Russland ein Bündnis schließe, da letzteres Chinas Friedens-Programm unterstützt. Die russische Regierung ist bereit, China die diplomatischen Verträge zuwidersetzen, zu denen China durch Drohungen genötigt war. Zum Schluß verlangt die „Dioskura“, die Sowjet-Regierung solle alle Mittel anwenden, um das Begehr gründlich zu handeln.“

Amerika.

Die Bohrsicherungen der Eisenbahner. 14 amerikanische Eisenbahnerverbände, die etwa zwei Millionen Arbeiter vertreten, haben der Eisenbahndirektion gemeinsam die Forderungen auf sofortige Erhöhung der Löhne vorgelegt. Nach einer unveröffentlichten Schätzung würde die vom Eisenbahnerpersonal verlangte Lohnsteigerung eine Mehrausgabe von 8 Millionen jährlich bedeuten, während die Einnahmen bereits einige Hundert Millionen unter dem von der Regierung garantierten Betrage zurückliegen. „Daily News“ meldet aus Newark, daß bei der politischen und wirtschaftlichen Krise, die die Vereinigten Staaten augenscheinlich durchmachen, der Name Death in den Vorbergen trete. Death habe endgültig mit Wilson und den Demokraten gebrochen und es sei möglich, daß er die Bildung einer neuen Partei vorschlage werde, die folgende vier Ziele verfolgt: 1. Anerkennung der irischen Republik; 2. Annahme Deutschlands in den Weltkrieg; 3. Rücknahme der Drohungen für die Allgemeinheit; 4. Sozialstaatliche festgelegtes Recht der Arbeiter auf Vertretung in der Führung der Industrien.

Japan.

Die Schantung-Jagde. Das Pressebüro Radio berichtet aus Amerika: Ein aus Tokio über London eingetroffenes Telegramm besagt, daß der japanische Minister des Innern eine Erklärung veröffentlicht hat, derzufolge Japan nicht die Ansicht hat, irgendwoche die territoriale Souveränität Schantungsbeeinflussend Rechte geltend zu machen. Als Erklärung wird gesagt, daß die japanischen Truppen, sobald eine Übereinkunft mit China erreicht sei, zurückgezogen würden.

Afghanistan.

Englisch-afghanische Streitverhandlungen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, besteht zur Zeit Waffenstillstand zwischen den Truppen des neuen Emirs von Afghanistan und den indischen Truppen Großbritanniens, die, jeden Überstand drohend, in afghanisches Gebiet eingedrungen waren und die Bevölkerung durch weit ausgedehnte Fliegerangriffe terrorisiert hatten. Eine Friedensdelegation des Emirs ist für morgen in Rawal Pindi eingetroffen, um mit dem Bevollmächtigten des Befreiungskönigs von Indien, Sir Hamilton Grant, zu verhandeln. Der Engländer eröffnete die Verhandlungen mit einem sehr hochfahrenden Rede. Der Führer der afghanischen Delegation ließ sich jedoch nicht verblüffen. Er verwarf sie gegen einen Diktatfrieden und bestritt, daß Afghanistan für den Krieg begonnen habe und den Frieden nachsucht hätte. Großbritannien sei möglich, aber die Afghane seien nicht unwillig. Afghanistan bilde die Spur zwischen dem Volkswissen und Indien. Im Falle einer Wiedereröffnung des Krieges und eines Sieges der Engländer würde eine bolschewistische Flut nach Indien eindringen. Ein gerechter und ehrenhafter Friede würde jedoch die bolschewistische Flut zurückdrängen. Diese selbstberuhigte Sprache des Afghans ist den Engländern natürlich nicht angenehm; sie drohen deshalb mit einem Abbruch der Verhandlungen.

Eine Berichtigung des Justizministers Dr. Hornisch.

In verschiedenen Tageszeitungen ist ein Brief abgedruckt, den die „Deutsche Zeitung“ von einem Kriegsgefangenen in einem englischen Offiziers-Gefangenencamp erhalten hat. Nach diesem Brief soll auch der sächsische Justizminister seinem in diesem Gefangenencamp befindlichen Sohn dem Sinne nach geschrieben haben, daß der deutschen Regierung garnicht daran läge, daß die Gefangenen zurückkehren.

Herr Justizminister Dr. Hornisch stellt der Presse ein Gestern von ihm in der Angelegenheit an die „Deutsche Zeitung“ gerichtetes Schreiben zur Verfügung. Aus dem Inhalte dieses Schreibens, das wie nachstehend abdrucken, geht hervor, daß das, was in dem von der „Deutschen Zeitung“ abgedruckten Briefe hinsichtlich des sächsischen Justizministers gesagt ist, nicht den Tatsachen entspricht.

Dresden-R., den 7. August 1919.

An die Redaktion der „Deutschen Zeitung“

Berlin SW. 12.

Nach einem in Ihrer geschätzten Zeitung vom 6. Aug. wiedergegebenen Brief eines Kriegsgefangenen in England soll ich meinem, nach 4-jährigen Kampf seines Sohnes dem Sinne nach geschrieben haben, „die deutsche Regierung wolle die Gefangenen gar nicht.“

Dass ein Vater dem eigenen Sohne, nach dessen Rückkehr er sich seht, etwas so Törichtes nicht geschriften haben wird, sollte kaum der näheren Darlegung bedürfen. Ich begreife nicht, daß vor Veröffentlichung einer so unglaublichen Nachricht über einen angeblichen Briefinhalt nicht erst bei mir Nachfrage erfolgt ist. Wie der Text entstanden ist, insbesondere, ob etwa die Benutzter erbitterte Worte eines Briefes von mir verdeckt hat, vermag ich natürlich nicht einmal zu erraten. Wahl ist aber genau das Gegenteil dessen, was ich geschrieben habe. Ich habe jederzeit meinen Sohn und seine bedauernswerten Leidensgenossen ermahnt, nur ja die Geduld und das Vertrauen nicht zu verlieren, und verzichtet zu bleiben, daß von Deutschland aus alles getan würde, um ihr Los zu erleichtern und die baldige Heimkehr zu ermöglichen. Ich habe vor allem gewarnt,

daß im ersten Schred aus den Armen gleiten ließ. Vene war ganz fasungslos. Sie rang die Hände und konnte keine Tränen finden; aber jeder Schmerz war ein heimvolles Säubern. Dieses innerliche Schluchzen klangerfüllt, als müßte die Verzweiflung an ihrem ungeheilten Tränen erstickt.

Joseph Kainer wußte nicht, was er tun, wie er die junge Witwe trösten und beruhigen sollte. Er holte eine gutmütige Nachbarin und bat sie, auf Vene und das Kind aufzupassen, damit kein neues Unglück geschiehe. Man konnte ja nicht wissen, wogu die arme, kleine Frau in ihrem Schmerz lächelt war. Rief sie doch ein über das andere Mal:

„Ich geh' ins Wasser! Wenn Paul tot ist, haben ich und der Bub nichts mehr auf der Welt zu suchen!“

„Das sind Gottlose Weden!“ tadelte das herbeigeholte, weißhaarige Weib. „Was täte denn Schröder dazu lassen, wenn er so was noch hören könnte? Er war doch ganz nüchtern von Lieb an Ihnen und dem Buben. Jetzt heißt es, doppelt für Händchen jagen, damit sein Vater zu ihm weiter lebt. Hab' ich nicht recht?“

„Ja, ja — aber ich weiß ja gar nicht, was ich red' und tu' und wie ich das furchtbare Unglück tragen soll.“

„Der Mensch ist stärker, als er glaubt, und Gott hilft ihm in seiner Not.“

Franz und der verbotene Bierkram. Das frühere Organ des Russischen Generalrates, die „Dioskura“, idealt: „Der Krieg von Verhältnis hat China in eine vertragliche Lage versetzt, doch es zu einem Kriegsgefangenen ist. Es sei daher wahrscheinlich, daß China mit Sowjet-Russland ein Bündnis schließe, da letzteres Chinas Friedens-Programm unterstützt. Die russische Regierung ist bereit, China die diplomatischen Verträge zuwidersetzen, zu denen China durch Drohungen genötigt war. Zum Schluß verlangt die „Dioskura“, die Sowjet-Regierung solle alle Mittel anwenden, um das Begehr gründlich zu handeln.“

Amerika. Die Bohnsicherungen der Eisenbahner. 14 amerikanische Eisenbahnerverbände, die etwa zwei Millionen Arbeiter vertreten, haben der Eisenbahndirektion gemeinsam die Forderungen auf sofortige Erhöhung der Löhne vorgelegt. Nach einer unveröffentlichten Schätzung würde die vom Eisenbahnerpersonal verlangte Lohnsteigerung eine Mehrausgabe von 8 Millionen jährlich bedeuten, während die Einnahmen bereits einige Hundert Millionen unter dem von der Regierung garantierten Betrage zurückliegen. „Daily News“ meldet aus Newark, daß bei der politischen und wirtschaftlichen Krise, die die Vereinigten Staaten augenscheinlich durchmachen, der Name Death in den Vorbergen trete. Death habe endgültig mit Wilson und den Demokraten gebrochen und es sei möglich, daß er die Bildung einer neuen Partei vorschlage werde, die folgende vier Ziele verfolgt: 1. Anerkennung der irischen Republik; 2. Annahme Deutschlands in den Weltkrieg; 3. Rücknahme der Drohungen für die Allgemeinheit; 4. Sozialstaatliche festgelegtes Recht der Arbeiter auf Vertretung in der Führung der Industrien.

Dr. Horowitz, Justizminister.

Zu den Angriffen gegen die Regierung in der Friedensverhandlungen kann außerdem noch mitgeteilt werden, daß die Mitteilung, die deutsche Regierung habe bis jetzt noch keine Kommission ernannt, um mit der Entente über die Heimkehr der Kriegsgefangenen zu verhandeln, völlig aus der Lust gegriffen ist. Tatsache ist, daß diese Kommission in Verhältnis steht, und nichts zu tun hat, weil die Entente weiter ihre positiven Vorschläge entgegengenommen, noch selbst Vorschläge machen will. Nach § 214 des Friedensvertrages ist die Entente vorsätzlich noch nicht verpflichtet, die Gefangenen herauszugeben. Diese Verpflichtung tritt erst ein, wenn der Friedensvertrag ratifiziert worden ist. Das ist der springende Punkt dieser ganzen Angelegenheit.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 8. August 1919.

Von den Verbündeten bei Deutschland. Berlin. Der „Vorwärts“ meldet: Wie wenig die Bevölkerung des oberdeutschen Bezirks Rostock geneigt ist, von Deutschland loszukommen, beweist eine von sämtlichen Stimmberechtigten vorgenommene Wahl. Es stimmen 95 Prozent für Deutschland, die übrigen 5 Prozent verhielten sich indifferent. Nur wenige Stimmen erklärt sind für den Anschluß an den Schiedstaat.

Die Verschwörung in Wien.

* Wien. Der Staatsgeheimrat, der wegen des geplanten Attentats gegen den Staatspräsidenten Seitz und Ministerpräsident Rennen verhaftet wurde, heißt Simon Radosta. Er gibt an, vor einem halben Jahre durch Offiziere zu diesem Attentat gebeten zu sein, 500 Kronen Rostock und Waffen erhalten zu haben. Der 30-jährige Radosta macht einen anormalen Eindruck und soll erst vor kurzem Selbstmord verübt haben. (Siehe unter „Deutschösterreich“)

Verhandlungen mit Grafen Starhemberg.

* Wien. Laut „Wiener Illust. Zeitung“ verhandelt die englische Regierung erstmals mit dem Grafen Starhemberg über den ungarischen Thron. Der Grafen lebte jedoch ab mit der Begründung, daß ihm nach Herrschergräfin nicht gewünscht, da es ihm nicht gelungen sei, die Revolution und den Zusammenschluß zu verhindern. Darauf führten die Engländer Verhandlungen, den Erzherzog von Hohenberg, den Sohn des ermordeten Erzherzogs Franz Ferdinand, mit der höchsten Macht in Ungarn zu betrauen. Erst als diese Verhandlungen ergebnislos blieben, wurde Erzherzog Joseph berufen.

Ein neuer Österreich-Ungarn?

* Wien. Das „Wochtblatt“ schreibt: Von informierten und der Entente nahestehender Seite wird die Lage in Budapest dahin aufgesetzt, daß sie unter Umständen zur Wiederaufrichtung der ehemaligen Österreich-Ungarischen Monarchie unter dem Schutz der Entente allerdings in bedeutend vereinfachtem Maße führen könnte. — Die Anhänger der Regierung Bela Kun sind starken Verfolgungen ausgesetzt. Man glaubt, daß die Wahlen zur Nationalversammlung eine große Mehrheit für die Wiederaufrichtung der Monarchie und für die Wahl des Erzherzogs Joseph zum König von Ungarn ergeben würden.

Streik der Seeleute in Neapel.

* Neapel. Am Neapel sind sämtliche Seeleute in den Streik getreten. Alle Dampfer stellen ihre Ausfahrt ein.

Ein bolschewistisches U-Boot versenkt.

* London. (Reuter.) Die Admiraltät teilt mit: Gestern früh ist von dem Seesoldaten, der in der Ostsee den Befehl führt, ein Telegramm eingetroffen, wonit er von der Versenkung des bolschewistischen Unterseebootes „Graf“ durch die britischen Geisterboote „Valour“ und „Vancouver“ Nachricht gibt.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands.

* London. (Reuter.) Bridgemore teilte mit: Die Koblenzförderung in der mit dem 27. Juli endigenden Woche habe nur 2½ Millionen Tonnen ergeben. Dies bedeutet gegenüber den durchschnittlichen Wochenausfällen für den Herbstmonat vor dem 16. Juli eine Verminderung um nahezu 50 %. Chamberlain gab eine sehr ernste Erklärung über die finanzielle Frage ab und sagte: Wenn die Ausgaben nicht vermindernd und die Produktion nicht vermehrt werden, so geht das Land gerademegs dem Bankrott entgegen. Das einzige Mittel bei dem ungünstigen Stand der Wirtschaft sei, die Einfüsse zu vermindern und die Ausfuhr nach den Ländern zu vermeiden, die bar zahlen können. Man werde der Lage Herr werden können, wenn das Volk den Schwierigkeiten geringt und mit Patriotismus begegne.

Bermilch.

Durch Feuer vernichtet. Das frühere dem Unabhänglichen Herzogshaus gehörende Schloß Blendorf bei Norden ist in der vorigen Nacht vollständig niedergebrannt. Auch die künstlerisch wertvolle Schloßkirche, die gleichzeitig von der Gemeinde zum Gottesdienst benutzt wurde, ist völlig

Hammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.
Sonntag, 1. August 1919, Eröffnungs-Vorstellung.
Programm vom 9.-11. August:
„Im Herbst des Lebens“
Drama in 5 Akten, spannend,
„Sie können bei mir schlafen“
tolle Humoreske in 3 Akten.
Horrible Naturdramme.
Beginn abends 6 Uhr.
Genuss nachmittags 3 Uhr:
Jugend- u. Familienvorstellung.
Um güt. Aufspruch bittet die Direktion.

P.Thieme's Tanzunterricht

Hotel Kronprinz, Riesa.
Bleiben Anfragen und einer in Riesa bestehenden Notwendigkeit abzuholen, habe ich die Absicht, Mittwoch, den 15. d. M. einen Tanzkursus mit Erlernung unter gesellschaftlicher Umgangsformen zu eröffnen. Gelebt werden sämtliche moderne Rund- und Gesellschaftstänze. Sehr mäßiges Honorar, gewissenhafte Ausbildung. Damen erbitte 8 Uhr, Herren 9 Uhr. Die Teilnehmerkarte liegt im Hotel Kronprinz aus und sollte man dort Anmeldungen gütig bewirken. - Privatkunden zu jeder Tageszeit.
Hochachtungsvoll P. Thiele, Tanzlehrer.

Hotel zum Stern, Riesa.

Montag, den 11. August, abends 7,8 Uhr
Gastspiel d. Dresdner Kammerspiele
Direktion Oswald Wolf.
Zum ersten Male. Einmalige Aufführung.

Griseldis

Schauspiel in 5 Akten von H. Courths-Wahler, nach dem gleichnamigen Roman, der in der „Dresdner Hausfrau“ erschienen ist.
Vorverkauf durch die Buchhandlung Hoffmann (Tel. 107).
Alles nähere siehe Tagedettel!

Hotel zum Stern.

Wohltätigkeits-Konzert
zum Besten unserer Kriegsgefangenen
zugleich Abschieds-Konzert
Kapelle des 2. Leichten Art. (Reichswehr) Regts. Nr. 10
unter gütiger Mitwirkung von Prof. G. Schreiber (Klarinette).
- Alles nähere Platzzettel.
Aus dem Programm u. a. Klavier-Konzert A-Moll Ed. Grieg
mit Orchesterbegleitung.

Hotel Kronprinz.

Nächsten Sonntag
große Ballmusik
Restaurant zur Wartburg.
Morgen Sonnabend, den 9. August
großes Preis-Slaten
- Anfang 7,8 Uhr - A. Wiegels.

Gasthof Weida.
Sonntag, 10. August, von 4 Uhr an
größerer Stoppeltanz.
Hierzu haben ergebenst ein Straßberger's Erben.

Für die so überaus ehrenbare, herzliche
Beweise liebenloser Teilnahme beim Heimgehen
meiner lieben Frau, unserer guten Mutter,
Großmutter, Schwester und Schwägerin

Martha Rodisch

geb. Waller, sagen wir allen, insbesondere auch
meinen lieben Arbeitskollegen für den berühmten
Blumenturm, unsern Berathen Dant.
Riedelroste am 7. August 1919.
In tiefer Trauer
Martha Rodisch und alle Unterbliebenen.

Wegen Aufgabe des Geschäfts

von heute ab Total-Ausverkauf sämtlicher Leder- und Sattlerwaren zu herabgesetzten und teilweise Einkaufspreisen. Es bietet sich dadurch günstige Gelegenheit, schon jetzt für den Weihnachtsbedarf sich einzudecken, indem durch hohe Lederpreise und -knappheit mit einem Preisrückgang für Lederwaren auf längere Zeit noch nicht zu rechnen ist.

Paul Marle, Pausitzer Str. 10.

Gasthof Pausitz.

Sonntag, den 10. August
Feste Ballmusik.

Anfang 4 Uhr. Dazu lädt freundlich ein.

Rudolf Zimmer.
Ed. Gastendorf.

Gasthof Gröba.

Bu dem am 10. August im Gasthof Gröba stattfindenden

Vereinsvergnügen

Ladet ergebnst ein. 8 Uhr. 8 Uhr.

Gasthof Wülfritz.

Gasthof Wülfritz.

Sonntag, den 10. August
große öffentliche Ballmusik

Anfang nachm. 4 Uhr. G. Schneidew.

worauf freundlich einlädt

Knopflocher
Hohlbaum
u. Zierstück

in sauberer Ausführung vermittel

Franz Börner
Hauptstraße 64.

Kartoffelgräber
u. Getreiderechen

empfiehlt w. Stolzen & Co.

Poßwitz Str. 19 C.

Mähmaschinen

empfiehlt Paul Schierik, Glaubitz.

Verkaufe ganz enorm billig:

Damenhemden,
seitlich und mit Spikes,
Weißlein, Bettücher,
bunte Herren-Taschenächer
Sembentuch, Hobnäsel,
Handtücher, Wäschtücher,
Wetzeng, weiß u. blau.

Kurt Vogelmann,
Gröba, Sachsenstraße 21, 2.

Leiterwagen

Rattenwagen
find wieder in verschiedenen
Größen von guter starker
Bauart eingetroffen.

Einzelne Räder
bis 60 cm hoch empfiehlt
Job. Randolph

Korbmacherstr. Schulstr. 4.

Eiserne Löpfe

wieder eingetroffen.

Paul Schierik, Glaubitz.

Hierzu lädt ergebnst ein.

Oskar Paul.

Gasthof Reuß.

Sonntag, den 10. August, lädt zum

Schnitterfest

u. Damenkränzchen (Anfang 4 Uhr) alle freundlich ein.

Thekla verw. Schneider.

Gasthof Kahnefeld.

Sonntag, d. 10. August, von

6 Uhr an seine Ballmusik

für jung u. alt. Dazu lädt

freundl. ein C. Hornewmann.

Alte Post, Stauchitz

Sonntag, den 10. August, großes Extra-

Konzert und Ball.

Anfang 6 Uhr. Eintritt 1 M.

Zu dem am Sonntag, den

10. August stattfindenden

Wortis

Tanz-Kränechen

(Anfang 4 Uhr)

sind alle tanztüchtigen Herren

und Damen herzlich willkommen.

D. V.

Reinigungszüchter-Berein

Weida u. Um.

Sonntag, den 10. August,

abends 7 Uhr

Monatsversammlung

im Restaurant Wartburg.

Das Erwähnen aller Mit-

glieder dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Die heilige Nr. umfasst

8 Seiten.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.



Telefon 465.

Freitag bis Montag.

Das gewaltige Werk

Opium.

Ravelle des Herrn Musikknecht Stand.

Sonntag 2-4 Uhr

Rinder- und Familien-Bestellung.

Um gütigen Aufspruch bittet

die Besitzerin: Anna Jach.

Meine am 16. Juni 1919 stattgefundenen Verlobung mit Fräulein Lotte Richter in Leisnig
zeige ich hierdurch an.

Hans Lochmann.

Riesa, 10. August 1919.

Hauptstraße 81.

Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

Verleger und Verfasser: Sauer & Winterlich, Riesa.

Redaktionelle: Goethestraße 60. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Ohnel, Riesa; für Angenommen: Wilhelm Strelitz, Riesa.

Nr. 181.

Freitag, 8. August 1919, abends.

72. Jahrg.

Nationalversammlung.

Abg. Hebenbach eröffnete die gestrige Sitzung um 4 Uhr 30 Minuten. Zweite Sitzung des Gesches über eine außerordentliche Kriegsabgabe.

Der grundlegende § 1 wird ohne Erörterung angenommen, ebenso die Paragraphen 2 bis 12. Zu § 13, der die Steuerfreiheit schafft, verlangt ein sozialdemokratischer Antrag eine Erörterung.

Abg. Dresner (Soz.) begründet den Antrag. Was den Schliebern in der Form von Steuern abgenommen werde, brauche von der Masse der Bevölkerung nicht ausgebracht zu werden.

Abg. Beder (Deutsche Part.): Die Steuer trifft auch die ehrlichen Geschäftsmänner und bedeutet schon nach der Vorlage eine Blutsteuer, die die Grenze des wirtschaftlich Möglichen überschreitet.

Abg. Wurm (Unabh.): Nach diesem elenden Kriege hat keiner mehr ein Recht, aus diesem Kriege noch ein Mehrerommen davon zu ziehen. Das muß bis auf den letzten Pfennig hinweggezahlt werden.

Nach einer weiteren Bemerkung des Abg. Dr. Helm (Soz.) wird der sozialdemokratische Antrag abgelehnt und § 13 in der Ausschusssitzung angenommen. Desgleichen werden die §§ 18 bis 19 nach unerheblicher Debatte in der Ausschusssitzung angenommen. Unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, der die Streichung des Paragrafen verlangt, wird § 20 angenommen. § 24 wird unter Ablehnung von sozialdemokratischen und unabhängigen Anträgen, die auf Befreiung eines Teiles im Paragrafen vorgesehenen Errichtungen abzielen, unverändert angenommen. Zu § 26 (Abgabe für ausländische Gesellschaften) stellen die Sozialdemokraten den gleichen Antrag wie zu § 24. Nachdem Reichsfinanzminister Erzberger dagegen abgesprochen hatte, wird § 26 unverändert angenommen. Bei § 28 wird ein demokratischer Antrag hinzugefügt, der den Genossenschaften die Befreiung von Kriegsabgabe erfordert. Die übrigen Bestimmungen des Entwurfs gelangen nach unveränderten Debatten zur Annahme, womit die 2. Sitzung der Vorlage beendet ist.

Es folgt die 2. Sitzung des Gesches über eine

Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs.

Abg. Dr. Nieder (Deutsche Part.): Keine Partei und keine Fraktion im Hause wird sich der Frist entziehen, dem Reich in seiner schweren Notlage das Notwendige zu geben. Lediglich darum geht der Streit, wieviel man die Grenzen der Besteuerung abschneiden will.

Ein Antrag Wurm (Unabh.) der die Kirchensteuer streichen will, wird abgelehnt, ebenso mehrere sozialdemokratische Anträge, die u. a. Summungen für den notwendigen, nicht angemessenen Unterhalt einsetzen und andere Zuwendungen, namentlich zu kirchlichen, militärischen oder gemeinnützigen Zwecken streichen wollen. § 15 bestimmt, daß die Abgabe nur erhoben wird, wenn das Endvermögen unter Berücksichtigung der Hinzuzeichnungen 10 000 M. übersteigt. Abgabepflichtig ist der Betrag von 5000 M. übersteigende Vermögenszuwachs.

Abg. Frau Lühr (Soz.) begründet dazu einen Antrag Auer (Soz.) und Genossen, nach dem der den Betrag von 5000 M. übersteigende Vermögenszuwachs abgabepflichtig sein soll, wenn der Vermögenszuwachs 20 000 M. übersteigt.

Abg. Wurm (Unabh.) tritt für die Streichung der Erleichterungsbestimmungen ein.

Unterstaatssekretär Möller bittet um Ablehnung der beiden Anträge. Schließlich gelangt § 15 unter Ablehnung der beiden Abänderungsanträge in der Ausschusssitzung zur Annahme.

Zu § 16, der die Sitzung der Kriegsabgabe enthält, liegen ein Antrag Wurm (Unabh.) und Genossen vor, die beide die Kriegsabgabe erheblich verschärfen wollen.

Abg. Hasenahl (Soz.) erklärt, daß die Mehrheitssozialisten an sich den ganzen Vermögenszuwachs während des Krieges besteuern würden. Es sei widerstinkig, daß trotz und während des Krieges Vermögensvermehrungen zustande gekommen sind. Sie seien in 1. Linie von Hellenen gezeigt worden, die die Kriegsführung ausnutzen konnten.

Danach gelangt der § 16 unter Ablehnung der beiden sozialdemokratischen Anträge in der Ausschusssitzung zur Annahme.

Zu § 24, wonach die Abgabe gestundet werden kann, falls ihre Eingabe mit einer besonderen Karte für den Abgabepflichtigen verbunden sein würde, wird ein Antrag Gröber (Penz.) und Genossen angenommen, wonach der Steuerpflichtige im Falle der Beweisführung der Stundung die Entschuldigung des Reichskanzlers anrufen kann.

Der Rest der Vorlage wird unverändert angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag um 4 Uhr nachmittags (Anfragen, Ergänzung zum Beliebungsgesetz, Ergänzungsmäßigkeiten gegen Kapitalabwanderung ins Ausland, Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft).

Zu den Entschließungen Erzbergers.

Eine Darstellung

des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis.

Über den englischen Friedensführer veröffentlicht die „Böllische Zeitung“ eine ihr von dem früheren Reichskanzler Dr. Michaelis nach Bekanntgabe mit den Vertretern der früheren Obersten Heeresleitung u. dem Staatsminister Dr. Helfferich und in Gemeinschaft mit diesem gegebene Darstellung, die in ihrem vorläufigen Teile im wesentlichen wie folgt lautet: Ich war mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Herrn v. Kühlmann, mit dem ich alsbald das Schreiben des Kanzlers eingehend besprach, der Meinung, daß angeblich des begleitenden Kommentares des Kardinalstaatssekretärs zwar die starke Möglichkeit eines ernsthaften englischen Friedensführers vorliegt, daß jedoch aus dem von dem Kanzler mitgeteilten Texte der Mittelung des Voreign offiziell an den britischen Gesandten beim Bataillon sich nicht mit der für die Abgabe der gewünschten Erklärung über Belgien erforderlichen Sicherheit die Ernsthaftigkeit der englischen Bereitschaft ergibt, auf einer für Deutschland im übrigen annehmbaren Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Deshalb habe ich mit Herrn v. Kühlmann vereinbart, daß zunächst durch einen von Herrn v. Kühlmann vorgebrachten neutralen Diplomaten die englische Regierung auf ihre Bereitschaft sonderlich werden sollte. Am Sonntag vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die kaiserliche Erklärung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgien bereit sei. Der Chef des Admiralsstabes sprach sich dafür aus, daß die belgische Flotte in deutscher Hand bleiben müsse. Die Vertreter der Obersten Heerleitung legten die militärischen Gründe dar, die in Rückicht auf die exponierte Lage des für die Kriegsführung durch seine kriegs-

wirtschaftlichen Erzeugnisse unentbehrlichen rheinisch-niederrheinischen Industriegebietes und die spätere Versorgung möglichst des Reiches die militärische Kontrolle über die Festung Lüttich und Umgebung erwünscht erscheinen ließen. Der Kaiser entschied im Sinne meines Antrages mit dem Vorbehalt einer erneuten Erklärung, falls der Verzicht auf Belgien nicht bis zum Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter erfordern sollte. — Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Neueren beauftragt, seinen neutralen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmann wurde in meinem Auftrag weiter eröffnet, unerlässlich sei Vorauflösung der Verhandlungen mit England: die Erhaltung unseres Bestandes vor dem Kriege einschließlich der Kolonien, der Vertrag auf Entschädigungen und die Abstandnahme vom Wirtschaftsraum nach dem Kriege. Michaelis führt sodann aus, daß es sich in dem von dem Reichsministerpräsidenten Bauer veröffentlichten Briefwechsel zwischen ihm und dem Feldmarschall v. Hindenburg nicht um Vorbehalt handelt, die gegenüber England gemacht wurden, sondern um Bielefeld, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angekreidet werden sollten. Die dem Brief des Feldmarschalls beigelegte Lenkschrift des Generals Ludendorff vom 4. September 1917 hatte ohnedies nur den Zweck einer schriftlichen Riederslegung einer im Kontrakt gemachten Ausführungen, wie das aus den Einigungsworten deutlich hervor geht. Michaelis führt fort: Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in seiner Weise eingengt oder erweitert worden. Sie führt jedoch schließlich zu einem durchaus negativen Ergebnis. Es stellt sich heraus, daß auf der von den deutschen politischen Parteien unterschriebenen Grundlage, die durchaus der Reichstagssolution vom 19. Juli 1917 entsprach, bei der britischen Regierung keinerlei Vereinheitlichkeit zu Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß der Kardinalstaatssekretär und der apostolische Nuntius in München der Mitteilung des „Foreign Office“ an den britischen Gesandten beim Bataillon dieser Mitteilung nicht zufolgend Bedeutung beigegneten. Eine anscheinend von Erzberger stammende Erklärung:

M. Z. B. verbreitet folgende Mitteilung: Der englische Friedensführer vom August 1917, den noch vor wenigen Tagen der frühere Reichskanzler Michaelis in einem öffentlichen Brief an die Presse ausdrücklich als Friedensführer bezeichnet hat, wird aufgrund einer kurzen Notizmeldung von der deutschen rechtsliegenden Presse nunmehr einfach wegzulassen verkündet. Alle diese Berichte werden weiterrichten. Der englische Friedensführer ist eine historische Tatsache. Er besteht aus einer mit ausdrücklicher Zustimmung Frankreichs durch Vermittelung des apostolischen Nuntius an die deutsche Regierung überreichten Anfrage Englands nach den deutschen Friedensbedingungen, insbesondere nach einer einwandfreien Erklärung über Belgien. — Sei diese Erklärung befriedigend, so heißt es natürlich in dem Schreiben des Kanzlers Paul an den Reichskanzler Michaelis vom 30. August 1917, so meint Se. Eminenz oder Kardinalstaatssekretär daß ein bedeuternder Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht werde". Und der Kanzler führt weiterhin, daß mit einer verbindlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensverhandlungen erleichtert wird".

Kein Parteidienst wird instande sein, über den Wortlaut dieses zum ausgesprochenen Zwecke der Friedensverhandlung geschriebenen und überreichten amtlichen Schriftstückes einer neutralen Macht hinwegzutäuschen, und keine Pressepolemik wird die Tatsache aus der Welt schaffen können, daß die deutsche Regierung unter dem Einfluß der Obersten Heeresleitung und der hinter ihr stehenden alten deutschen Kreise eine Erklärung über Belgien nicht abgegeben und dadurch eine Friedensmöglichkeit verscherzt hat.

Zur Vorgeschichte der Abdankung des Kaisers veröffentlicht die „Deutsche Volkszeitung“, das Organ der deutschannoverischen Partei, einen Brief Schröemanns vom 29. Oktober 1918 an den damaligen Reichskanzler Prinzessin Mar von Baden, in dem Staatssekretär Schiedemann unter Hinweis darauf, daß durch das Enthurverbot der Deutschen die Möglichkeit genommen ist, durch Täuschung eine Frage zu klären, die zu einer brennenden Schiedsfrage des deutschen Volkes geworden ist, zu folgenden Forderungen kommt: Aus diesem Grunde sehe ich mich gezwungen, nunmehr die Forderung, die in der Presse nicht gestellt werden darf, im Kabinett zu stellen, nämlich diese: Die Herren Staatssekretäre möchten den Herrn Reichskanzler bitten, Sr. Majestät dem Kaiser zu empfehlen, freiwillig zurückzutreten. Zur Begründung wird u. a. ausgeführt: Es kann nicht bezweifelt werden, daß die Friedensverhandlungen beträchtlich günstiger ausstehen, wenn die im Deutschen Reich vollzogene Aenderung des Systems durch einen Wechsel an der höchsten Stelle des Reichs nach innen und außen deutlich sichtbar gemacht wird. Die ganze politische Situation legt die Vermutung nahe, daß der vorgenannte Schritt nur binausgezögert, aber doch nicht vermieden werden kann. Deshalb ist es besser, wenn der Kaiser jetzt schon aus der Gesamtlage die Konsequenzen, die nach Auffassung auch zahlreicher deutscher Staatsmänner gezogen werden müssen, so schnell als möglich zieht.

Die Friedensversuche des Prinzen von Parma.

Graf Wedel stellt in einer Abhandlung über die Friedensversuche des Prinzen von Parma fest, daß Frankreich nicht einmal zu Erwägungen in der Friedensfrage geneigt war, obwohl der Prinz die Abdankung des Kaisers forderte.

Die deutsche Viererkommission, die im Auftrage des Grafen Brockdorff-Rantzau ein Gutachten über die Schulfrage in Versässels ausarbeitete, erlässt heute eine Erklärung, in der sie geschieht, durch die Öffentlichkeit Eisners in die Öffentlichkeit gebracht werden zu sein, und ihre Überzeugung zum Ausdruck bringt, daß die Reichsleitung 1914 ernstlich bestrebt war, alle Unfälle zu einem europäischen Konflikte auszuschalten.

Denkmalreichs Einwendungen gegen den Friedensvertrag.

Die deutschösterreichische Friedensdelegation hat der Friedenskonferenz eine Note überreicht, die die Einwendungen gegen den Friedensvertrag in seiner Gesamtheit enthält. Die Note macht darauf aufmerksam, daß Deutschland nur solche Verletzungen des Vertrages verlangt, die sein Volk eine Daseinsnotwendigkeit sind. Was die Grenzfragen anbelangt, so habe sich Deutschland umsonst auf das Nationalitätsprinzip und auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufen. Es lehne nunmehr die Verantwortung ab. Deutschland ist schon jetzt davon überzeugt, daß es die ihm von dem Vertrag aufgebrachten ökonomischen Leistungen nicht tragen könne.

Die Note geht dann im einzelnen auf die wirtschaftlichen und finanziellen Klausuren des Vertrages ein. Sie führt aus, daß es Deutschösterreich in den nächsten Monaten unmöglich sei, Wirtschaft und Vieh zu liefern, da noch viele seiner Kinder infolge Fleisch- und Milchmangel sterben. Deutschösterreich muss sich unter die finanzielle Kontrolle der Verbündeten stellen lassen, erwartet aber, daß die Wiedergutmachungscommission mit der durch die vertragliche Note gebotenen Schonung vorgehen und Deutschösterreich die notwendigen Kredite zur Belebung von Rohstoffen und Lebensmitteln einräumen werde. Es sei notwendig, daß die Kommission indes auf alle wirtschaftlichen und finanziellen Friedensbedingungen die nötige Nachvollkommenheit besitzt. Es wird daher beantragt, Artikel 198 des Friedensvertrages durch einen Zusatz zu ergänzen.

Die deutschösterreichische Note erinnert ferner daran, daß die Friedensdelegation wiederholt darauf gedrängt habe, die finanzielle Auseinanderlegung zwischen den früheren Gebieten der Monarchie einen Ausschluß zu überweisen. Was die Verteilung der Schulden anlangt, so würden die Klausuren des Vertrages, wenn sie unverändert blieben, den Staat und seine Bürger in einen ganz ungeregelter Bankrott treiben. Die Verpflichtungen des alten Österreichs bezüglich der Kriegsanleihe liegen für 24 von 30 Millionen seiner Staatsangehörigen als nicht bindend erklärte worden, während die Verpflichtungen Deutschösterreichs ganz die gleichen seien, wie die der anderen Nachfolgestaaten. Abgesehen von der Banknotenschuld ergeben sich aus den Klausuren des Friedensvertrages für Deutschösterreich eine Schuldenlast von rund 40 Milliarden. Es sollten also zwei Drittel der gesamten Schulden des österreichischen Staates, ohne die Notenbank, ein Fünftel der früheren Bevölkerung aufgebracht werden. Die neuartigen Einnahmen Deutschösterreichs, die nach dem letzten Budget zwei Milliarden betragen, reichen gerade hin, um die Schuldenlast zu decken, so daß irgend etwas für die unbedingt notwendigen Staatsausgaben nicht übrig bleibe.

Die Note beantragt, daß jede Aufstellung der Schulden der Reparationskommission überlassen bleibt. Die Note weist ferner darauf hin, daß der deutschösterreichischen Republik durch den Artikel 202 ein ganz unerträglicher Kreditzins aufgedrückt wird.

Die deutschösterreichische Note macht weiter darauf aufmerksam, daß die deutschösterreichischen Schulden ihre in ausländischer Währung kontrahierten Schulden nur bei Gewährung langjähriger Kredite und neuer Kredite werden begleiten können. Die Forderung, daß sie auf frischen laufenden Schulden in ausländischer Währung einzahlen sollen, ist unverfügbar und würde alles in den Konkurs treiben. Eine Erhebung bei einigen Wiener Banken bestätigt, daß Angehörige der Nationalstaaten bei ihnen 930 Millionen Gulden beladen, für die nach dem Umrechnungskurs 250 Millionen zu bezahlen wären. Der Verlust beträgt ein Vielfaches des ganzen Kapitals dieser Banken und müßte zu ihrem Bankrott führen. Diese Mantelnote ist von umfangreichen Vorschlägen zu den territorialen und politischen Fragen und deren Begründung begleitet.

Erzherzog Josef Regent von Ungarn.

Wittwoch um 7 Uhr abends erhielten im Ministerpräsidium in Budapest General Schneiter, Polizeioberrat Wolfenberg, der frühere Sekretär des Nationalrates Dr. Erz und der frühere Sekretär im ungarischen Kriegsministerium Franz Szilárd und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister zur Abdankung auf mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertrete. Nach einer kurzen Beratung beschloß die Regierung zu demissionieren. Die Entente missachtete die obere Gewalt dem Erzherzog Josef, der dem geweihten Sekretärs im Kriegsministerium Sándor Friedl zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Belebung des Ministeriums des Neueren wurde General Lancsos, mit der Belebung des Kriegsministeriums General Schneiter betraut. In der Stadt herrschte Ruhe. Die Ministranten der Entente machten abends eine gemeinsame Beratung ab, zu der auch Erzherzog Josef und Ministerpräsident Friedl augezogen waren. Die Beratungen galten den schwelenden Fragen, wobei volles Einvernehmen erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskonferenz Clemenceau und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratungen sofort bestürzt.

Nach einer Meldung des ungar. Korresp.-Büros wurde in Budapest eine Kundgebung des Erzherzogs Josef angekündigt, in der es u. a. heißt: Es droht eine Katastrope, wenn die ungarische Intelligenz vereint mit der nüchternen Arbeiterschaft und des arbeitenden Volks nicht mit starker Hand Ordnung schafft. Weiter gibt die Kundgebung das vorläufige Kabinett bekannt. In einigen Tagen soll eine Übergangsregierung nach Ankündigung der Bürgerwahl, des arbeitenden Volkes und der Arbeiterschaft gebildet werden.

Der Gesandte der ungarischen Volksrepublik Böhmen in Wien gab nach im Laufe der vorletzten Nacht telegraphisch seine Demission.

Die Wiener Blätter melden aus Budapest weitere Gewaltätigkeiten der rumänischen Bevölkerungstruppen. Donnerstag nachmittag versuchten mehrere rumänische Abteilungen von der Geheime Waffen- und Munitionsfabrik Buda zu ergreifen. Die Arbeiterschaft legte sich zur Wehr. Nach kurzem Feuergefecht, in dem die Rumänen Sieger blieben, besiegeln die Fabrik.

Berliner verbreitet im „Echo de Paris“ die Nachricht, daß gegenüber den äußeren Häfen nach der vorgebrachten Stimme des Obersten Rates Clemenceau nach Budapest gedroht habe, daß sich Rumänien an die Waffenstillstandsbedingungen der Alliierten halten müsse. Berliner betont demgegenüber, man dürfe Rumänien nicht schwächen, wenn es seine Rolle erfüllen sollte. — Wie die Wiener „Neue Freie Presse“ aus Budapest erfährt, haben die rumänischen Militärbefehlshaber den Zeitungen die Veröffentlichung der an die ungarische Regierung gerichteten Anordnungen der Entente, in der die Entsendung von 4 Generälen nach Budapest angekündigt wird, verboten. Die Ententevertreter in Budapest haben entgegen dem rumänischen Verbot die Note in den Straßen der Hauptstadt in Plakaten anschlagen lassen. — Die „International Review“ schreibt über die Lage in Ungarn: Die Lage in Ungarn bedroht die Friedenskonferenz lebhaft. Es besteht große Verunsicherung darüber, ob die verschiedenen Richtlinien der Entente von den Rumänen nicht eingehalten werden und man trägt sich in Ententekreisen mit dem Gedanken, gegen die Rumänen vorgehen zu müssen; wie verlautet, will man eine Blockade gegen Rumänien vornehmen.

